

V10 Für eine grüne Justizpolitik

Gremium: LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 19.02.2020
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedenes
Status: Zurückgezogen

1 Für eine grüne Justizpolitik

2 Eine wirksame und verhältnismäßige Kriminalpolitik bedeutet auch, dass nur Delikte
3 strafrechtlich verfolgt werden, bei denen dies unbedingt notwendig ist. Dies ist aktuell
4 nicht der Fall, weswegen wir uns im Bundesrat dafür stark machen werden, das StGB und das
5 BtMG entrümpeln werden, damit die Justiz die Bürger und Bürgerinnen effektiv vor Straftaten
6 schützen kann. Wir begrüßen es, dass Berlin bereits bei der letzten Konferenz der
7 Justizminister*innen beantragt hat, die Bundesjustizministerin möge prüfen, welche derzeit
8 gültigen Normen im Strafgesetzbuch nicht mehr notwendig sind und aufgehoben werden sollten.

9 Die Verfolgung und Aburteilung von Bagatellkriminalität verbraucht unverhältnismäßig viele
10 Ressourcen der Justiz. Wegen Fahren ohne Fahrerlaubnis, Diebstahl geringwertiger Sachen und
11 Drogenbesitz werden jedes Jahr hunderttausende Verfahren geführt. Dadurch fehlen Ressourcen
12 bei schweren Delikten, wie Wirtschaftskriminalität, organisierter Kriminalität und
13 Umweltstraftaten.

14 Auch dauern Verfahren durch die unnötige Belastung der Justiz mitunter extrem lange, sodass
15 eine schnelle Reaktion auf Straftaten nicht immer erfolgen kann. Kriminologische Forschungen
16 zeigen aber, dass es gerade im Bereich der Kriminalität von jungen Menschen essentiell ist,
17 schnell auf strafbares Verhalten zu reagieren, um zukünftige Straftaten zu verhindern.

18 Eine Strafverfolgung von Kleinstkriminalität kann in vielen Fällen dazu auch noch sehr
19 schädlich sein. Die Betroffenen werden unnötig kriminalisiert und dadurch aus der
20 Gesellschaft ausgeschlossen. Etwa verlieren viele Menschen durch eine strafrechtliche
21 Verurteilung ihre berufliche Perspektive, wodurch die Wahrscheinlichkeit von weiteren
22 Straftaten steigt. Daher sollte hier eine Ahndung als Ordnungswidrigkeit erfolgen. Dies ist
23 nicht nur weniger eingriffsintensiv, sondern ermöglicht auch eine schnellere Reaktion,
24 entlastet die Justiz und schließt straffällige Menschen weniger aus der Gesellschaft aus.

25 Sofern sich die Bundesregierung bei der Frage der Entkriminalisierung nicht bewegen werden
26 wir in Berlin eigene Wege gehen. Sofern sich keine Mehrheiten dafür finden, den ÖPNV
27 kostenfrei zur Verfügung zu stellen, wodurch sich das Problem des Fahrens ohne Fahrerlaubnis
28 erledigt hätte, werden wir uns dafür einsetzen, dass Menschen, die immer wieder wegen
29 entsprechender Delikte inhaftiert werden ein kostenfreies Monatsticket erhalten. Davon
30 können z. B. Menschen betroffen sein, die psychisch oder suchtkrank und obdachlos sind.
31 Diese Menschen müssen durch kurzzeitige Inhaftierungen immer wieder Hilfsangebote abrechnen
32 (wodurch diese irgendwann vollständig beendet werden), kosten das Land Berlin jeden Tag ca.
33 100 € für den Haftplatz, belasten die Strafvollzugsanstalten unnötig und kommen immer
34 wieder, ohne dass im Gefängnis mit diesen Menschen irgendwas erreicht werden kann (dafür
35 sind sie viel zu kurz da). Daher werden wir uns an dem Stadtticket Extra in Bremen
36 orientieren, wobei wir dabei auf Berliner Besonderheiten eingehen werden, welches Menschen
37 die immer wieder wegen dem Erschleichen von Leistungen inhaftiert werden, zur Verfügung
38 gestellt wird. Das Land Bremen hat so nicht nur Geld gespart, sondern die sozialen Träger
39 haben endlich wieder Kontakt zu diesen Menschen und können ihnen helfen.

40 Anstelle der Ersatzfreiheitsstrafe müssen Projekte wie Arbeit statt Strafe weiter ausgebaut
41 werden. Auch sind neue Ansätze der Straffälligenhilfe zu stärken und Ideen aus anderen
42 Ländern aufzugreifen. Das Land Berlin hat aufgrund des Projektes Arbeit statt Strafe 2018
43 elf Millionen Euro eingespart und es gibt noch weiteres Einsparpotenzial, wenn
44 Gefängnisstrafen vermieden werden. Ein Tagessatz einer Geldstrafe, der nicht geleistet
45 werden kann, in einen Tag der Ersatzfreiheitsstrafe umzurechnen, ist nicht nur eine
46 unverhältnismäßig hohe Belastung für die Betroffenen. Der Freiheitsentzug trifft sie
47 wesentlich härter als die Zahlung eines Geldbetrages. Gleichzeitig werden durch den Vollzug
48 dieser Ersatzfreiheitsstrafe auch Ressourcen der Justiz verschwendet, die eigentlich für die
49 Resozialisierung von Menschen zu Verfügung stehen sollten, die schwere Delikte begangen
50 haben. Daher sollte ein Tag Haft zwei Arbeitstagen entsprechen. Die Haftstrafe und die
51 Kosten wären damit halbiert.

52 Wir werden ferner dafür sorgen, dass die Resozialisierungsbedingungen in Berlin verbessert
53 werden. Nur durch eine wirksame Resozialisierung ist die Bevölkerung effektiv vor Straftaten
54 geschützt. Resozialisierung findet für uns nicht im Gefängnis statt, da die Strukturen im
55 Strafvollzug einer wirksamen Resozialisierung oft entgegenstehen. Daher müssen alle Akteure
56 wie die Straffälligen-, Bewährungshilfe, Jugendgerichtshilfe und Strafvollzugsanstalten
57 besser vernetzt werden und gemeinsam ein Resozialisierungskonzept verfolgen. Dabei muss auf
58 jeder Ebene geschaut werden, wie der Resozialisierungsprozess gefördert werden kann,
59 möglichst unter der Vermeidung einer Haftstrafe. So lassen sich im Übrigen auch besser
60 kriminelle Strukturen, wie etwa rechtsextreme Straftaten, erkennen. Dafür werden wir in
61 Berlin ein Resozialisierungsgesetz vorlegen, welches alle Akteure wirksam vernetzt und ihre
62 Zuständigkeiten klar regelt. Dabei werden wir uns an dem Resozialisierungsgesetzentwurf der
63 Professoren Dünkel und Cornel orientierten. Insbesondere müssen dabei die Anstalten
64 verpflichtet sein, so früh wie möglich mit Hilfseinrichtungen außerhalb des Gefängnisses,
65 zumindest ein Jahr vor der Entlassung (diese muss im Regelfall nach 2/3 der Freiheitsstrafe
66 erfolgen), Kontakt aufnehmen, um ein wirksames Übergangsmanagement sicherzustellen.
67 Kriminologische Forschungen zeigen, dass gerade das im ersten Jahr nach der Entlassung das
68 Rückfallrisiko hoch ist und die Gefangenen daher hier stärker unterstützt werden sollten

69 Es muss zudem auch im Strafvollzug klargestellt werden, dass neben dem weiblichen und dem
70 männlichen Geschlecht ein weiteres Geschlecht existiert und daher Regelungen für Trans- und
71 Intersexuelle vorgesehen werden, gerade diese Menschen müssen im Strafvollzug besonders
72 geschützt werden.

73 Um die erfolgreiche Resozialisierung während der Haft sicherzustellen muss ferner Kontakt
74 nach außen ermöglicht werden, damit die Gefangenen sich nach der Entlassung möglichst
75 schnell wieder in die Gesellschaft eingliedern können. Daher ist das Telefonieren nach dem
76 Strafvollzugsgesetz zu Preisen zu gewährleisten, die den Preisen in Freiheit entsprechen.
77 Auch muss die Nutzung von Internet im Strafvollzug endlich gesetzlich geregelt werden, damit
78 sichergestellt wird, dass die Gefangenen von denen kein Risiko ausgeht, dass über das
79 Internet Straftaten begangen werden oder deren Resozialisierung gefährdet wird, das Internet
80 unter möglichst ähnlichen Bedingungen wie in Freiheit nutzen können.

Unterstützer*innen

LAG Migration und Flucht (LAG Migration und Flucht)